

Das Wochenmagazin der SPÖ - w **o** **a** **t**

SPÖ

Aktuell

Gastkommentar
von Kurt Einzinger
zu Netzpolitik

4. Februar 2011 - Nr. 4 - 0,73 Euro

Darabos auf Reformkurs: Freiwilligenheer ist die Zukunft!



Arbeitslosigkeit:
Stärkster Rückgang
seit Beginn der Krise

Seite 5



Durch Quoten
mehr Frauen in
Spitzenpositionen

Seite 8



Alleinverdiener-
absetzbetrag für mehr
Pensionisten

Seite 9

INTERN

Viel Diskussion gab es in den letzten Tagen rund um die Zukunft des Bundesheeres. Nach einem konstruktiven Gipfel-Gespräch zwischen SPÖ- und ÖVP-Regierungsmitgliedern einigte man sich darauf, bis Ende Februar dem Ministerrat eine gemeinsame neue Sicherheitsstrategie vorzulegen. Bei etwas gutem Willen sollte eine Einigung möglich sein. Denn wesentliche Eckpunkte wie Katastrophenschutz, Auslandseinsätze und Landesverteidigung sind bereits außer Streit gestellt. Bei unvoreingenommener Betrachtung und Analyse der Sachlage ist aber klar: Die Wehrpflicht ist nicht mehr zeitgemäß – ein Freiwilligenheer ist das Modell der Zukunft. Denn eine Professionalisierung und Modernisierung des Heeres ist aufgrund der neuen Herausforderungen unumgänglich. Gerade auch beim Katastrophenschutz braucht man gut ausgebildete und hoch motivierte Soldatinnen und Soldaten. Die SPÖ wird in den nächsten Wochen jedenfalls weiter mit der ÖVP über die Zukunft des Bundesheeres, die Abschaffung der Wehrpflicht und die Einführung eines Freiwilligenheeres verhandeln.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

Bundesheer	4
Erfreuliche Arbeitsmarktdaten	6
Frauenquoten	8
Alleinverdienerabsetzbetrag – Ausweitung der Ausnahmeregelungen	9
Kreisky-Serie: Die Blockfreien und die Dritte Welt	10
Gastkommentar von Kurt Einzinger zu Netzpolitik	14

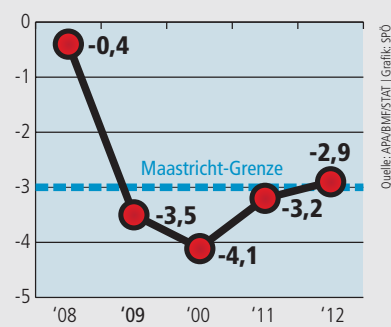
Grasser – Als Finanzminister 18.000 Euro nicht versteuert

Ex-Finanzminister Grasser musste nun zugeben, im Oktober 2010 Selbstanzeige wegen nicht offengelegten Wertpapiereinkünften bei der Finanz erstattet zu haben.

Dem Magazin „Format“ zufolge soll Grasser seit 1999 diverse Einkünfte aus Spekulationsgewinnen, Zinsen und Dividenden nicht deklariert haben. Es geht um über 18.000 Euro, die er von 2002 bis 2008 nicht versteuert haben soll – in einer Zeit, als er Finanzminister war. Für SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter gesellt sich Grasser damit nun endgültig zu Meischberger und Co. 2005 hatte Grasser als Finanz-

Entwicklung des Budgetdefizits

jeweils in Prozent des BIP



Besser als erwartet

Der vorläufige Budgeterfolg für das vergangene Jahr ist, Angaben des Finanzministeriums zufolge, besser als erwartet. Das gesamtstaatliche Defizit liegt 2010 demnach mit 4,1 Prozent des BIP um 0,6 Prozentpunkte unter dem veranschlagten Wert. ♦

Lehmann



Die SPÖ kritisiert die Berufung von Beyer zum neuen ÖIAG-Chef.

Ideenlose ÖIAG-Personalentscheidung

Dass Markus Beyer, Generalsekretär der fundamental-kapitalistischen Industriellenvereinigung, neuer ÖIAG-Chef ist, bezeichnet Finanzstaatssekretär Andreas Schieder als „ideenlose Personalentscheidung“. Wenn die ÖIAG als Filiale der Industriellenvereinigung verstanden wird, hat man offenkundig aus den Fehlern des Systems Michaelis nicht viel gelernt. ♦



Die EU soll demokratische Kräfte in Nordafrika unterstützen, fordert die SPÖ. (Bild: Demo in Kairo)

Kurswechsel in EU-Nordafrika-Politik erforderlich

Angesichts der Unruhen in Nordafrika, die nach dem Umsturz in Tunesien jetzt auch Ägypten erreicht haben, fordert der Vizepräsident der Sozialdemokraten im EU-Parlament, Hannes Swoboda, die EU auf, einen neuen Kurs in Sachen Nordafrika-Politik einzuschlagen. Die EU müsse Demokratie fördern, und somit „einen entsprechenden Druck auf autoritäre Regierungen ausüben und andererseits den neuen sich formierenden demokratischen Kräften Unterstützung zusagen“, so Swoboda. ♦

Zitat der Woche

„Die Gespräche sind noch zu vertiefen. Aber: Man kann den Österreichern sicher nicht sagen, dass man die Wehrpflicht verlängert, nur weil die ÖVP das so will.“

Bundeskanzler Werner Faymann



SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter: „Grasser gesellt sich nun endgültig zu Meischberger und Co.“



STANDPUNKT

Fürs Leben lernen in der Schule!

In der Debatte um die Abschaffung der Wehrpflicht wird manchmal behauptet, die Wehrpflicht sei gut, um „den Jungen was vom Leben zu lehren“. Eine denkbar schlechte Argumentation, würden demnach nicht nur junge Frauen nichts fürs Leben lernen, es wäre sonderbarerweise das Bundesheer für Bildung zuständig.



Bildungsministerin Claudia Schmied kämpft für eine Schule, die Kindern und Jugendlichen Freude am Lernen machen soll.

Wahr ist: Junge Menschen sollen in der Schule über das Leben lernen. Die Schule soll ein Ort sein, wo soziale Fähigkeiten und Fertigkeiten entwickelt werden. Wo gelehrt wird, mit Schwächeren solidarisch umzugehen und Rücksicht aufeinander zu nehmen. Wo Dinge kritisch hinterfragt werden können und wo man sich Wissen aneignet.

Auf dem Weg zu so einer Schule sind wir noch lang nicht dort, wo wir sein sollten. Österreich gehört leider noch immer zu jenen Ländern, in denen der soziale Hintergrund und das Bildungsniveau der Eltern für den Schulerfolg und die weitere Laufbahn unserer Kinder entscheidend sind.

Unser Schulsystem ist veraltet und ungerecht. Es ist nach wie vor nicht für die Anforderungen der Gegenwart und Zukunft gerüstet. Unseren Kindern werden teilweise die falschen Dinge gelehrt. Die

Antworten, wie wir zur besten Schule kommen, liegen längst auf dem Tisch, schließlich haben zahllose Arbeitsgruppen getagt, Experten ihre Berichte und Studien abgeliefert.

Der Ausbau der Neuen Mittelschule (NMS) und von Ganztagschulen ist ein entscheidender Schritt dorthin. Die NMS ist eine Schule, die Kindern Freude am Lernen machen soll. Individuelle Zuwendung und Betreuung durch zwei Lehrer oder der ganztägig verschränkte Unterricht sind erfolgreiche Konzepte, die uns einen Schritt näher zum Ziel bringen.

Dieses Ziel lautet, dass Bildung ein soziales Grundrecht aller Menschen sein muss. Darum wollen wir auch allen Menschen den freien Zugang zu Bildung ermöglichen. Wir treten für eine chancengerechte Schule ein, denn es darf ja wohl nicht sein, dass die Bildung unserer Kinder von der Geldbörse der Eltern abhängt.

„Dieser Tage steht für uns eine zentrale Botschaft im Vordergrund: Stellen wir endlich Bildungsgerechtigkeit her.“

Bildung bestimmt die Zukunft jedes Einzelnen und ist gerade in einem Land ohne Rohstoffe die wichtigste Voraussetzung für den Erfolg eines Landes. Das Bildungssystem eines Landes bestimmt ganz wesentlich, welche Chancen dem Einzelnen gegeben werden. Wie groß der Aufholbedarf ist, den Österreich hier hat, zeigen einige Zahlen.

Deutlich über 60 Prozent der AHS-Schüler haben zumindest einen Elternteil mit Matura oder Uni-Abschluss. Im Vergleich dazu trifft das nur auf 25 Prozent der Hauptschüler zu. Nur zehn Prozent der Kinder, deren Eltern Pflichtschulabschluss haben, landen in einer AHS-Unterstufe.

Die frühe Selektion im Bildungssystem verhindert höhere Maturanten- und in Folge höhere Akademikerquoten. Für Österreich wird für das Jahr 2020 eine Maturantenquote von 46 Prozent prognostiziert, um sechs Prozent mehr als heute. Dies ist nur halb so viel, wie andere Länder bereits heute haben. In Finnland maturieren 95 Prozent, in Polen 85 Prozent, im OECD-Schnitt immerhin 59 Prozent.

Dieser Tage steht für uns eine zentrale Botschaft im Vordergrund: Stellen wir endlich Bildungsgerechtigkeit her. Wir sind es den nachfolgenden Generationen schuldig, die in diesem Land aufwachsen. Dafür werden wir Bündnisse eingehen müssen. Bündnisse mit Gruppen, die gemeinsam das beste Bildungssystem wollen und an einem Strang ziehen - ob Sozialpartner, Industriellenvereinigung, Bildungsexperten, Eltern und nicht zuletzt die Schüler selbst. ♦

LANDESVERTEIDIGUNG

Heeresreform ge

Bis Ende Februar wird sich die Koalition auf eine neue Sicherheitsstrategie für Österreich einigen. Währenddessen beginnt der Generalstab mit der Vertiefung des Modells „Freiwilligenheer“.

Bundesheer



Nach den teils emotional und unsachlich geführten Diskussionen über die Zukunft des Österreichischen Bundesheers konnten jüngst entscheidende Fortschritte erzielt werden. Bei einem kürzlich stattgefundenen Gipfeltreffen, bei dem Verteidigungsminister Norbert Darabos und Staatssekretär Josef Ostermayer auf die zuständigen ÖVP-Minister Fekter und Spindelegger

trafen, konnte man sich auf einen Zeitplan für die neue Sicherheitsstrategie einigen. Bis Ende Februar soll dem Ministerrat ein gemeinsamer Text vorgelegt werden. Konfliktpotential sieht Darabos in dieser Frage kaum noch, sein Entwurf liegt seit dem 15. Dezember vor und die Anregungen des Koalitionspartners wurden bereits größtenteils eingearbeitet.

Generalstab vertieft Modell „Freiwilligenheer“

Dass deshalb die Arbeit an einer neuen Struktur für das Österreichische Bundesheers nicht unterbrochen wird ist selbstverständlich. „Parallel zur Sicherheitsstrategie wird die Zukunft des Bundesheers zu diskutieren sein: Eines Bundesheeres, das weiterhin mit hoher Professionalität, aber



„Ein Freiwilligenheer ist die beste Lösung für die Sicherheit Österreichs.“

Verteidigungsminister
Norbert Darabos

SPÖ Burgenland



„Die gute Idee von Norbert Darabos kann nicht gebremst werden.“

Burgenlands
Landeshauptmann
Hans Niessl

Zinner



„Die Themen Sicherheitsstrategie und Alternativen zur Wehrpflicht werden innerhalb der Koalition unter Beibehaltung eines kühlen Kopfes besprochen.“

Staatssekretär
Josef Ostermayer

winnt an Fahrt



HBF

Bringen das Heer gemeinsam auf Zukunftskurs: Verteidigungsminister Darabos hat Generalstabschef Commenda mit der Vertiefung des Modells Freiwilligenheer beauftragt.

ohne Wehrpflicht seine Aufgaben erfüllt“, betonte Bundeskanzler Werner Faymann in einem Interview mit der Tageszeitung „Heute“. Zu diesem Zweck hat Verteidigungsminister Darabos den Generalstab unter interimistischer Leitung von Generalleutnant Othmar Commenda damit beauftragt, das Modell „Freiwilligenheer“ detailliert auszuarbeiten. „Es geht darum, vorbereitet zu sein und den Weg für eine mögliche Transformation zu ebnen. Generalleutnant Commenda sieht es als seine Aufgabe, den politischen Entscheidungsträgern „valides, haltbares Material für eine Entscheidung zu liefern.“

Modernes Bundesheer ohne Zwang

Seine Präferenz für das Mischsystem aus Berufs- und Zeitsoldaten sowie einer Profi-Miliz bekräftigte Darabos: „Ich bin davon überzeugt, dass das Modell ‚Freiwilligenheer‘ das beste für die Sicherheit Österreichs ist.“ Alle derzeit vorstellbaren Einsätze im In- und Ausland können mit einem Freiwilligenheer bewältigt werden. Für den Katastrophenschutz werden weiterhin mindestens 10.000 Soldatinnen und Solda-

INTERVIEW

„Bundesheer ohne Wehrpflicht ist die Zukunft“

Verteidigungsminister Norbert Darabos im „SPÖ Aktuell“-Interview über die neue Sicherheitsstrategie, das Freiwilligenheer und das Ende der Wehrpflicht.

„SPÖ Aktuell“: Herr Minister, in den letzten Tagen sind die Wogen hochgegangen. Wie geht es mit Ihrem Modell eines Freiwilligenheeres jetzt weiter?

Norbert Darabos: Die Aufregung zeigt, dass mein Reformvorschlag mutig und richtig ist. Jetzt ist es aber an der Zeit, sich mit der Thematik sachlich auseinanderzusetzen. Ich habe daher dem Parlament und dem Nationalen Sicherheitsrat meine Heeres-Modelle präsentiert und verhandle mit dem Koalitionspartner eine neue Sicherheitsstrategie. Unabhängig von der politischen Debatte habe ich den Generalstab beauftragt, eine Vertiefung der bisherigen Ausarbeitungen zum Freiwilligenheervorzunehmen. Damit soll ein etwaiger Umstieg auf ein neues Wehrsystem ermöglicht werden.

In Sachen Wehrpflicht hat sich der Koalitionspartner einbetoniert. Ist das das Aus für Ihr Modell?

Darabos: Nein, keineswegs. Ich bin davon überzeugt, dass das Modell „Freiwilligenheer“ das Beste für die Sicherheit Österreichs ist. Ein verschlanktes Bundesheer ohne Wehrpflicht – sprich, ein modernes

Bundesheer mit gleicher Leistung, gleichen Kosten aber ohne Zwang – ist die Zukunft. Wir können damit die künftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen am besten bewältigen. Man muss sich zudem die Frage stellen, ob es zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch zeitgemäß ist, junge Männer zum Grundwehrdienst einzuberufen. Ich bin der Meinung, dass es angesichts der Sicherheitslage nicht mehr notwendig ist, 24.000 jungen Staatsbürgern pro Jahr einen Einberufungsbefehl zu schicken. Und ich bin guter Dinge, dass sich auch die ÖVP letztlich diesen Argumenten nicht verschließen können wird.

Wann könnte also der letzte Einrückungstermin für Österreichs junge Männer sein?

Darabos: Ein genaues Datum zu nennen wäre unseriös, weil wir jetzt einmal die breite Debatte über die künftige Ausrichtung des Bundesheeres führen. Sollte es noch in diesem Jahr einen politischen Beschluss geben, könnte ein Aus der Wehrpflicht ab 2012, 2013 möglich sein. Ich werde bei einer möglichen Umstellung des Systems aber jedenfalls so vorgehen, dass kein Vakuum entsteht. ♦

ten zur Verfügung stehen, die Luftraumüberwachung und die sicherheitspolizeiliche Assistenz bleiben gewährleistet. Auch für Auslandseinsätze zur Friedenssicherung und für internationales Krisenmanagement werden knapp 1.000 Personen zur Verfügung stehen.

Mehr Freiwillige als nötig

Nachwuchsprobleme – wie von Reformblockierern immer wieder heraufbeschworen – wird es bei einem künftigen Freiwilligenheer nicht geben. Das zeigen die Frei-

willigenmeldungen des letzten Jahres mehr als deutlich: Vergangenes Jahr haben sich 3.500 Personen für den Dienst im Österreichischen Bundesheer gemeldet. Für ein Freiwilligenheer reichen 2.000 Meldungen pro Jahr. „Wir brauchen also weniger Freiwillige, als wir bereits jetzt haben – und das ohne Anreize“, so Darabos. In Zukunft wird es für Militzugehörige jährlich eine Prämie von 5.000 Euro geben. Zeitsoldaten werden für ihre Bereitschaft, an Auslandseinsätzen teilzunehmen, 7.200 Euro jährlich erhalten. Es ist also damit zu rechnen, dass der Andrang noch steigt. ♦

ARBEITSMARKT

Good News für

Sinkende Arbeitslosenzahlen, weniger Schulungsteilnehmer und erfreuliche Wirtschaftsprognosen bestätigen: Die SPÖ-geführte Regierung hat Österreich erfolgreich durch die Krise geführt.



Begsteiger

Dass Österreichs Wirtschaft wächst, zeigt sich auch durch einen starken Rückgang der Arbeitslosigkeit in der Fertigungsindustrie (minus 20 Prozent) und im Baugewerbe (minus 5,4 Prozent).

„Die Arbeitsmarktdaten sind die ersten validen Wirtschaftsdaten des neuen Jahres. Und sie zeigen, dass die österreichische Wirtschaft unter Volldampf ins neue Jahr geht.“

Sozialminister Rudolf Hundstorfer

Die Arbeitslosigkeit ist gegenüber dem Vorjahr um 14.067 Personen (Minus 4,3 Prozent) zurückgegangen und auch die Zahl der Schulungsteilnehmer verringerte sich um 9.854. Zusammengefasst ergibt sich ein Minus von 23.921 Personen. „Das ist der stärkste Rückgang seit Beginn der Wirtschaftskrise“, betonte Sozialminister Rudolf Hundstorfer. Die Arbeitslosenquote nach Eurostat beträgt für den Monat Jänner 5,1 Prozent,

damit zählt Österreich zu den europäischen Spitzenreitern im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. „Die Arbeitsmarktdaten sind die ersten validen Wirtschaftsdaten des neuen Jahres. Und sie zeigen, dass die österreichische Wirtschaft unter Volldampf ins neue Jahr geht“, so Hundstorfer. Besonders erfreulich: Mit 102.594 hat jede/r dritte Arbeitslose bereits eine fixe Jobzusage (+8.158) und die Zahl der offenen Stellen steigt um 25,2 Prozent auf 29.236.

Weniger jugendliche Arbeitslose – mehr Lehrstellen

Auch aus dem Bereich der Jugendbeschäftigung gibt es gute Nachrichten: Die Arbeitslosenzahl bei den Jugendlichen ist mit 7,8 Prozent stark zurückgegangen. Auch der Lehrstellenmarkt entwickelt sich mit 6,5

Prozent mehr offenen Lehrstellen und 4,9 Prozent weniger Lehrstellensuchenden weiterhin positiv. In zwei Bundesländern, Salzburg und Tirol, gibt es wesentlich mehr offene Lehrstellen als Lehrstellensuchende – zusätzlich gilt die Ausbildungsgarantie. „Unsere konsequente Politik zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit findet offenbar auch international immer mehr Anklang. Erst kürzlich hat der amerikanische Wirtschaftsnobelpreisträger Josef Stiglitz Österreich am Jugendarbeitsmarkt als Vorbild für die USA genannt“, berichtete der Minister.

Langzeitarbeitslosigkeit sinkt um 31,7 Prozent

Die intensiven Vermittlungsbemühungen des Arbeitsmarktservice (AMS) und die

2011

aktive Arbeitsmarktpolitik helfen, die Arbeitslosigkeit von Menschen mit besonderen Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt zu senken. So sinkt die Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderung um 5,3 Prozent und die Langzeitarbeitslosigkeit sogar um 31,7 Prozent. Für Sozialminister Rudolf Hundstorfer und SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits steht fest, dass man trotz der erfreulichen Arbeitsmarktdaten nicht nachlassen darf und weitere Maßnahmen gesetzt werden müssen. „Dieses Jahr wird in punkto Arbeitsmarkt sicher nicht einfach werden. Wir werden daher in unseren Bemühungen, weitere Impulse für den Arbeitsmarkt zu setzen, nicht nachlassen“, so der Sozialminister. Und auch Renate Csörgits betonte: „Jeder arbeitslose Mensch ist einer zuviel. Wir werden daher mit vollem Einsatz jenen Weg der erfolgreichen aktiven Arbeitsmarktpolitik fortsetzen, der europaweit Anerkennung findet und uns in Sachen Arbeitslosigkeitsbekämpfung zu den Besten in Europa macht.“

Erfreuliche Wifo-Prognosen: Österreichs Wirtschaft wächst

Die aktuellen Prognosen des Wirtschaftsforschungsinstituts (Wifo) sagen Österreichs Wirtschaft bis 2015 ein Wachstum von 2,2 Prozent voraus. Für Finanzstaatssekretär Andreas Schieder zeigen diese Zahlen, „dass die antizyklische Konjunkturpolitik der Bundesregierung nun Früchte trägt.“ Mit dem Konsolidierungspaket und

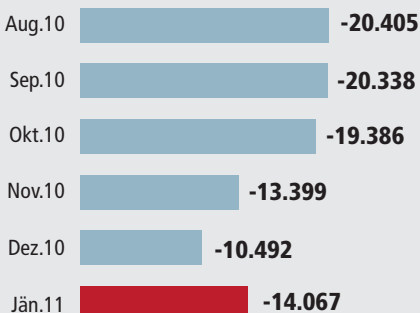


Spöla

Laut Wifo wird Österreichs Wirtschaft bis 2015 um 2,2 Prozent wachsen. Diese erfreuliche Zahl zeigt, dass die österreichische Regierung die besten Voraussetzungen für ein Wachstum der Wirtschaftsleistung gesetzt hat.

den darin enthaltenen Offensivmaßnahmen hat die große Koalition erste Schritte gesetzt, um die Konjunktur auch weiterhin zu stärken. SPÖ-Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter betonte dazu: „Die erfreuliche Prognose des Wifo zeigt, dass die österreichische Bundesregierung die richtigen Maßnahmen gesetzt und somit die optimale Basis für den Wirtschaftsaufschwung geschaffen hat.“ Das prognostizierte Wirtschaftswachstum weist darauf hin, dass sich die positive wirtschaftliche Entwicklung verfestigt hat. „Das ist eine Bestätigung der erfolgreichen Arbeit der Regierung. Es muss aber auch ein Ansporn sein, um weitere Maßnahmen zu setzen,

Veränderung der Arbeitslosen zum Vorjahr



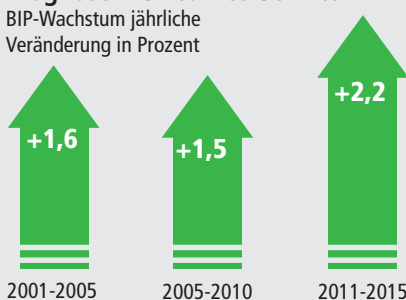
Quelle: bmask | Grafik: SPÖ

Im Vergleich zum Jänner 2010 ist die Arbeitslosigkeit um 14.067 Personen gesunken. Rechnet man das Minus von 9.854 Schulungsteilnehmern dazu, ergibt dies den stärksten Rückgang seit Beginn der Krise.

Österreichs Wirtschaft wächst

Prognose – 5 - Jahres-Schnitt

BIP-Wachstum jährliche
Veränderung in Prozent



Grafik: SPÖ | Quelle: APA/WIFO

INFO

Die wichtigsten Arbeitsmarktdaten auf einen Blick

Die Arbeitslosigkeit ist im Vergleich zum Vorjahr in fast allen Bereich stark gesunken. Insgesamt ergibt sich ein Rückgang um 4,3 Prozent.

► **Männer:** Bei den Männern gibt es ein erfreuliches Minus von 6,4 Prozent zu verzeichnen, was vor allem der sehr gut laufenden Industrie und dem Baugewerbe zu verdanken ist.

► **Frauen:** Hier gibt es einen Rückgang von 0,2 Prozent zu verzeichnen. Zu erwähnen ist allerdings, dass nur halb so viele Frauen arbeitslos gemeldet sind wie Männer.

► **Jugendliche:** Die zahlreichen Maßnahmen im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit (Aktion Zukunft Jugend, Ausbildungsgarantie etc.) wirken: bei den 15- bis 24-Jährigen sinkt die Arbeitslosigkeit um 7,8 Prozent.

► **Menschen mit Behinderung:** Auch bei Menschen mit besonderen Bedürfnissen gibt es einen starken Rückgang der Arbeitslosigkeit: minus 5,3 Prozent.

► **Langzeitarbeitslose:** Besonders stark ist der Rückgang im Bereich der Langzeitarbeitslosen (minus 31,7 Prozent). Das ist vor allem der guten Vermittlungsarbeit des AMS zu verdanken.

besonders für Klein- und Mittelunternehmen sowie Ein-Personen-Unternehmen. Denn diese Betriebe haben sich in wirtschaftlich schwierigen Zeiten als krisensicher erwiesen“, so Matznetter.

SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer unterstrich, dass Österreich dank der zahlreichen Maßnahmen wie den beiden Konjunktur- und Arbeitsmarktpaketen nicht nur seit vielen Monaten zu den europäischen Spitzenreitern im Kampf gegen Arbeitslosigkeit zählt, sondern nun auch in der „Pole-Position“ für den Aufschwung steht. Die Maßnahme „Kurzarbeit“ habe sich als gutes Mittel zur Krisenüberbrückung bewährt. „Österreichs Betriebe konnten ihre Arbeitnehmer auch während der auftragsschwächeren Zeit in Beschäftigung halten und jetzt mit voller Kraft und erfahrenen Mitarbeitern durchstarten“, so Krainer. ♦

„Jeder arbeitslose Mensch ist einer zuviel. Wir werden daher mit vollem Einsatz den Weg der erfolgreichen aktiven Arbeitsmarktpolitik fortsetzen.“

SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits

FRAUEN

Neuer Anlauf für Quoten

In Österreich sind rund 90 Prozent der Aufsichtsratsmandate mit Männern besetzt. Das soll sich ändern – durch eine Frauenquote, die Ministerin Gabriele Heinisch-Hosek einführen will.



Schon bald soll es mehr Frauen in Spitzenpositionen geben – durch eine Frauenquote für Aufsichtsräte.

Frauenquoten: In Deutschland gibt es bereits eine breite Diskussion darüber. Und EU-Justizkommissarin Vivi-

ane Reding brachte mit ihrer Forderung nach einer Frauenquote für die Aufsichtsräte großer Firmen den Stein endgültig ins Rollen. Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek nahm das zum Anlass, einen neuerlichen Anlauf in Sachen Frauenquote zu unternehmen. Sie schlägt vor, dass sich staatsnahe und börsennotierte Betriebe selbst verpflichten, in Aufsichtsräten bis 2013 einen Frauenanteil von 25 Prozent zu erreichen, in acht bis zehn Jahren sollen es 40 Prozent sein. „Ich werde demnächst Gespräche mit Wirtschaftsminister

Fotolia

an Reding brachte mit ihrer Forderung nach einer Frauenquote für die Aufsichtsräte großer Firmen den Stein endgültig ins Rollen. Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek nahm das zum Anlass, einen neuerlichen Anlauf in Sachen Frauenquote zu unternehmen. Sie schlägt vor, dass sich staatsnahe und börsennotierte Betriebe selbst verpflichten, in Aufsichtsräten bis 2013 einen Frauenanteil von 25 Prozent zu erreichen, in acht bis zehn Jahren sollen es 40 Prozent sein. „Ich werde demnächst Gespräche mit Wirtschaftsminister

Mitterlehner aufnehmen und hoffe, dass wir in den nächsten Wochen einen deutlichen Schritt weiterkommen“, so die Ministerin.

Der Anteil von Frauen in österreichischen Aufsichtsräten liegt noch immer nur bei rund neun Prozent. Studien belegen zudem, dass international tätige Unternehmen mit relativ hohem Anteil an weiblichen Führungskräften sehr oft wirtschaftlich sehr erfolgreich sind. „Auf Frauen in Spitzenpositionen zu verzichten, ist daher nicht nur peinlich, sondern auch wirtschaftlich unklug“, so SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm. ♦

INFO

Sollte die **Selbstverpflichtung** der Unternehmen in Sachen **Frauenquote** nicht greifen, kann sich die Frauenministerin ab 2014 eine gesetzliche Verpflichtung nach norwegischem Vorbild vorstellen.

FORSCHUNG

1.000 Praktikumsstellen für junge Menschen

Das Infrastrukturministerium fördert 1.000 Forschungspraktika. Dadurch können junge Menschen wertvolle Praxiserfahrungen sammeln.

Ziel der Initiative von Infrastrukturminister Doris Bures ist es, mehr junge Menschen für eine Karriere in naturwissenschaftlich-technischen Berufen zu begeistern. Deshalb fördert das Infrastrukturministerium heuer 1.000 Praktikumsplätze mit je 1.000 Euro. Das gibt jungen Menschen „die Möglichkeit, ihr Forschungstalent in der Praxis zu entdecken“, so Bures. Mehr Informationen gibt es unter www.bmvit.gv.at und unter www.ffg.at/praktika. ♦



HBF/Wenzel

Fördert die jungen Forscherinnen und Forscher von morgen: Infrastrukturministerin Doris Bures.

TIERSCHUTZ

Aufruf zur Jagd in Kärnten ist Rechtsbruch

Wölfe und Bären stehen unter Naturschutz. ÖVP-Martinz' Aufruf zum Abschuss ist daher ein klarer Bruch österreichischer Gesetze.

Bären und Wölfe sind in ganz Österreich extrem selten und daher streng geschützt. ÖVP-Martinz' Aufruf zum Abschuss ist nicht nur aus Sicht des Tierschutzes und der Artenvielfalt verwerflich, sondern auch eine Aufforderung zum Rechtsbruch“, betonte SPÖ-Tierschutzsprecher Dietmar Keck. „Gerade in der jetzigen Phase, in der Österreich gemeinsam mit einigen Nachbarländern an grenzübergreifenden Managementplänen für ein friedliches Miteinander von Mensch und Tier arbeitet, ist die Aus-



Fotolia

sage von Martinz absolut kontraproduktiv“, so Keck. ♦

Damit sich Wölfe und Bären in Österreich wieder dauerhaft ansiedeln können, braucht es Aufklärung und Prävention.

ALLEINVERDIENERABSETZBETRAG

SPÖ für weitere Abfederung sozialer Härten

Die SPÖ will zur Vermeidung sozialpolitischer Härtefälle die Ausnahmebestimmungen beim Alleinverdienerabsetzbetrag ausdehnen.

Aufgrund der relativ erfreulichen Wachstumsprognose 2011 und einer stabilen Arbeitsmarktlage müsste die Gegenfinanzierung ein lösbares Budgetproblem sein“, betont SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter.

Dieses Anliegen wird die SPÖ daher bei den nächsten Budgetverhandlungen und den Verhandlungen für eine gerechte Steuerreform einbringen. „Wir werden auch bei den laufenden internen Beratungen zur Steuerreform 2013 sehr sorgfältig auf die soziale Balance der Einkommenssituation der älteren Generation achten“, so Kräuter.

ÖVP verweigerte weitere Verhandlungen

Die ÖVP bzw. Finanzminister Josef Pröll hatten Ende vergangenen Jahres weitere Verhandlungen über den Alleinverdienerabsetzbetrag mit den Seniorenvertretern verweigert, obwohl diese zugesichert waren. „Wir haben eindringlich vor Augen geführt, dass Pensionistenhaushalte mit 1.200 oder



Vor dem Hintergrund der erfreulichen Wirtschaftsprognosen will die SPÖ, dass mehr Pensionisten den Alleinverdienerabsetzbetrag erhalten.

1.300 Euro Pension für zwei Personen rund 20 Euro weniger bekommen. Die Gesprächsverweigerung des Vizekanzlers ist

„Wir werden bei den laufenden internen Beratungen zur Steuerreform sehr sorgfältig auf die soziale Balance der Einkommenssituation der älteren Generation achten.“

Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter

ein Skandal und eine Kampfansage an die Seniorenvertreter“, betonte Karl Blecha, Präsident des Pensionistenverband Österreichs (PVÖ).

Abfederung bei kleinen Pensionen durchgesetzt

Der SPÖ ist es bereits gelungen, Bezieher niedriger Pensionen bis 1.155 Euro monatlich durch eine Ausnahmebestimmung von den Folgen des Wegfalls durch das grundsätzlich notwendige Sparpaket zu verschonen. „Wir werden uns mit voller Kraft dafür einsetzen, dass diese Ausnahmebestimmungen noch weiter ausgedehnt werden“, so Kräuter. ♦

MIKROKREDITE

Neue Chancen, neue Unternehmen, neue Arbeitsplätze

Der Mikrokredit des Sozialministeriums hilft, erfolgversprechende Geschäftsideen in die Tat umzusetzen.

Das Mikrokreditprogramm ermöglicht Menschen zu Geld zu kommen, die sonst keine Chance haben, das Startkapital aufzubringen, um ihre Ideen für ein eigenes Unternehmen umzusetzen“, betont Sozialminister Rudolf Hundstorfer. Das Sozialministerium hat mit 1. Mai 2010 in den Bundesländern Wien und Steiermark das Pilotprojekt „Der Mikrokredit“ gestartet und stellt Einzelpersonen bis zu 12.500 Euro und Personengesellschaften bis zu 25.000 Euro zur Verfügung. Das Programm entwickelt sich sehr gut, 40 Kredite wurden bereits ausbezahlt, weitere 40 werden folgen. ♦



BM Hundstorfer und Erste Bank Vorstand A. Treichl: Dank einer Kooperation mit der Erste Bank wird das Programm auf NÖ und Bgld. ausgeweitet.

DATENSCHUTZ

Europäisches Gesamtkonzept gefordert

Medienstaatssekretär Josef Ostermayer und der Vorsitzende des Österreichischen Datenschutzrates, SPÖ-Konsumentenschutzsprecher Johann Maier plädieren für europäische Lösungen beim Datenschutz.

Datenschutz ist ein Thema mit internationaler Dimension. Wenn wir europäische Lösungen finden, können wir mit diesen auch stark nach außen auftreten“, betonte Josef Ostermayer anlässlich des 5. Europäischen Datenschutztags. Der europäische Datenschutz muss sich den technischen Möglichkeiten, die sich rasant weiterentwickeln, anpassen. Die derzeitige Gesetzeslage stammt noch aus einer Zeit vor dem Web 2.0, unterstrich Johann Maier. Unter seinem Vorsitz fordert der Österreichische Datenschutzrat daher ein Gesamtkonzept für den Datenschutz in Europa mit dem Ziel, Rechte und Privatsphäre des Einzelnen zu schützen. ♦



Europa muss beim Thema Datenschutz zusammenarbeiten, fordert Staatssekretär Josef Ostermayer.



Solidarität mit den Blockfreien und der Dritten Welt

In der Ära Kreisky war die politische Welt in Österreich zu Gast und der Bundeskanzler international geschätzter Ratgeber und Vermittler – immer im Bemühen um Frieden und Demokratie.

„Wollen wir, dass das friedliche System der gesellschaftlichen Demokratie (...) sich als das stärkere und auf die Dauer attraktivere erweist, so müssen wir auch bereit sein, den neuen Staaten in Asien und Afrika zu helfen.“

**Bruno Kreisky,
„Die Herausforderung“, 1963**

Archiv Zukunft/Fred Bayer



Als Außenminister entwarf Kreisky schon in den frühen Sechzigerjahren die Idee eines Marshallplans für die Dritte Welt. (Im Bild mit einer Regierungsdelegation aus Mali)

Ein zentrales Anliegen Bruno Kreiskys war es, Österreich zu einem Zentrum der internationalen politischen Begegnung zu machen – immer mit dem Ziel einer aktiven Friedens- und Entwicklungspolitik. Hier spielte der Ost-West-Konflikt eine herausragende Rolle, aber auch das Nord-Süd-Problem. Auf Kreiskys Initiative kam es 1960 in Wien zu einem Gipfeltreffen zwischen US-Präsident John F. Kennedy und Sowjetführer Nikita Chruschtschow. Ebenso zeugt die Tatsache, dass US-Präsident Jimmy Carter und der sowjetische Staatschef Leonid Breschnew den Abrüstungsvertrag SALT II in Wien unterzeichnet haben, vom hohen Prestige Bruno Kreiskys. Der österreichische Bundeskanzler wurde immer wieder von den Mächten der Welt um seine politische Einschätzung gebeten.

Auch bei den blockfreien Staaten, die sich als neutral gegenüber dem Westen und dem Osten positionieren, setzte Kreisky auf Dialog. Für Kreisky stand außer Streit, dass die Solidarität der Sozialdemokratie mit den Schwachen und Unterdrückten auch die Solidarität mit der Dritten Welt bedeuten müsse. Die Sympathie und das Ansehen bei den Staaten der Dritten Welt, die Kreisky für Österreich lukrieren konnte, zeigten sich oft in der Unterstützung für österreichische Anliegen bei den Vereinten Nationen. Ein Beispiel dafür ist die Ansiedlung von UNO-Organisationen in Wien. Diese Maßnahme war auch wichtiger Bestandteil der Sicherheitspolitik Bruno Kreiskys – neben der aktiven Unterstüt-

zung des KSZE-Prozesses sowie der wirtschaftlichen Verflechtung mit der EWG. So meint der damalige Kabinettschef Kreiskys und spätere Außenminister Peter Jankowitsch: „Es steht außer Zweifel, dass der Ausbau Wiens zu einem der beiden europäischen Zentren der Vereinten Nationen sehr viel der Unterstützung der Dritten Welt verdankt, während sich westeuropäische Staaten hier oft reserviert verhielten. Ebenso konnten dank dieser Unterstützung immer wieder große internationale UN-Konferenzen nach Wien geholt werden.“

Vom Marshallplan zum Kreisky-Plan

Bereits 1962 veranstaltete Kreisky in Salzburg und Wien eine Konferenz für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Partnerschaft. In der dort beschlossenen „Wiener Erklärung“ wurde zum ersten Mal Kreiskys Idee eines Marshallplans für die Dritte Welt formuliert. Vorbild war das industrielle Wiederaufbau-Programm der USA für Europa, von dem Österreich stark profitiert hatte. In seinen Memoiren schreibt Kreisky: „Ich vertrete den Standpunkt, dass die wirtschaftliche und politische Kooperation nur dann möglich ist, wenn die Industriestaaten helfen, durch eine große gemeinsame Aktion die Infrastruktur in den in Ent-

wicklung begriffenen Staaten aufzubauen, wobei wir die Infrastruktur im weitesten Sinne meinen.“

1981 hat Bruno Kreisky gemeinsam mit dem mexikanischen Präsidenten José López Portillo einen globalen Nord-Süd-Gipfel im mexikanischen Cancún organisiert, um einen großen Durchbruch in Richtung Marshallplan für die Dritte Welt und eine neue Weltwirtschaftsordnung zu erzielen. Die Konferenz fand unter Teilnahme von politischen Größen wie Ronald Reagan, Margaret Thatcher, Francois Mitterrand, Indira Gandhi und Julius Nyerere statt, blieb aber ohne nachhaltiges Ergebnis. Kreisky, damals schwer krank, konnte nicht nach Mexiko fahren. „Ich glaube, dass sein persönliches Fehlen bei der Konferenz sicherlich dazu beigetragen hat, dass hier eine Chance versäumt wurde“, bedauert der damalige Innen- und spätere Außenminister Erwin Lanc. In der Diskussion der Blockfreien aber wurde der Marshallplan für die Dritte Welt künftig Kreisky-Plan genannt – als besondere Auszeichnung für den großen österreichischen Staatsmann. ♦

IM NÄCHSTEN HEFT

Der Nahost-Konflikt.

Sachbuch

Wozu Ausländer?

Statistiker, Wirtschafts- und Meinungsforscher beantworten in diesem Buch die Frage, ob Zuwanderung Österreich nützt oder schadet.

Ihre Schlussfolgerungen werden auf die gängigsten Vorurteile und Einstellungen gegenüber Ausländern übertragen: Liegen Sie dem Staat auf der Tasche, nehmen sie Arbeitsplätze weg und hat der Islam Platz in Europa? Da die „Ausländer-Debatte“ in Österreich aggressiv und defizitorientiert verläuft, ist ein frischer und realistischer Blick auf das Thema dringend notwendig. Dieses Buch versucht ihr eine neue Richtung zu geben, wozu auch die Interviews mit Migranten zwischen den einzelnen Ka-

piteln beitragen. Integrationsdefizite stellen auch ein enormes volkswirtschaftliches Problem dar. Denn Zuwanderung und Integration sind Teil eines größeren Projekts: Sie dienen dem Erhalt des Sozialstaates, der durch die demografische Entwicklung unter Druck gekommen ist. Eine andere Haltung gegenüber Migranten ist notwendig. Der Schlüssel dafür liegt nicht in weniger Zuwanderung, sondern in mehr Bildung, besserer Qualifikation und in höherer Akzeptanz für Zuwanderer. ♦

Bilanz

Obamas Kriege

Dieses Buch von Journalistenlegende Bob Woodward bietet eine Zwischenbilanz der Amtszeit von US-Präsident Barack Obama.

Barack Obama begann seine Präsidentschaft als neuer Superstar der internationalen Politik. Inzwischen ist er auf dem Boden der mühsamen Tagespolitik angekommen, bedrängt von ungelösten Konflikten in Nahost und Afghanistan, möglichen Terrorakten und Krisen im eigenen Land. Der Journalist Bob Woodward schafft es, sich Zugang zu den brisanten Geheimnissen der Regierenden zu verschaffen. Er schildert auf der Grundlage von Wortlautprotokollen geheimer Sitzungen und Notizen die

brisanten Konflikte zwischen Regierung, Militär und anderen Staaten und enthüllt Intrigen innerhalb der Regierungsmannschaft. In seinem neuen Buch gibt er erstmals einen tiefen Einblick in die Arbeit des US-Präsidenten und seiner krisengeschüttelten Regierungsmannschaft jenseits der offiziellen Kommunikation des Weißen Hauses. Schon bald muss sich Obama wieder dem Wahlkampf stellen, da kommt Woodwards spannend erzählte Zwischenbilanz gerade recht. ♦

Enthüllung

Staatsfeind WikiLeaks

Die Autoren Stark und Rosenbach bieten exklusive und spannende Einblicke in die Arbeit der Enthüllungsplattform WikiLeaks.

Sie kennen die Organisation wie kaum ein anderer. In ihrem Buch geben sie exklusive Einblicke in die Arbeit von WikiLeaks und schildern den Aufstieg der Organisation bis zur Jagd auf ihren Gründer Julian Assange Ende 2010. Dabei diskutieren die Autoren Fragen, die auch viele Geheimdienstler und Politiker bewegen: Wie weit darf radikale Transparenz gehen? Gibt es nicht auch legitime Staatsgeheimnisse? Ist WikiLeaks eine Art „Geheimdienst des Volkes“ und die Zukunft des investigativen

Journalismus – oder schlicht die gefährlichste Seite im Internet? WikiLeaks hat sich schon viele Feinde gemacht. Seit den spektakulären Enthüllungen geheimer Dokumente aus US-Botschaften sowie über die Kriege in Afghanistan und im Irak werden die Organisation und ihr Gründer von den USA als Staatsfeind bezeichnet, als Bedrohung betrachtet und mit aller Macht verfolgt. Die Autoren dieses spannenden Buchs schreiben beide für das renommierte Magazin „Der Spiegel“. ♦

☐ Stk.


Robert Dempfer:
Wozu Ausländer?
Ueberreuter Verlag, Wien 2011;
192 S., 19,95 €

☐ Stk.


Bob Woodward:
Obamas Kriege. Zerreißprobe einer Präsidentschaft
DVA Verlag, München 2011;
496 S., 25,70 €

☐ Stk.


M. Rosenbach, H. Stark:
Staatsfeind WikiLeaks.
DVA Verlag, München 2011
336 S., 15,50 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der Buchhandlung Löwelstraße

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



KÄRNTEN

„Dorfservice“: Sozialprojekt mit Zukunft



Das Kärntner Sozialprojekt „Dorfservice“ verbessert die soziale Versorgung auf Gemeindeebene. Dieses Projekt wird u.a. vom Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz gefördert.

Bei ihrem gemeinsamen Besuch des Trebesinger „Dorfservice“ konnten sich Sozialminister Rudolf Hundstorfer, Kärntens Gesundheitsreferent, Landeshauptmannstellvertreter Peter Kaiser und Landtagsabgeordneter Reinhart Rohr davon überzeugen, dass das „Dorfservice“ hilft und auch die Lebensqualität steigert. Denn das in mehreren Kärntner Orten (z.B. Trebesing, Greifenburg, Lendorf oder Malta) angebotene Dorfservice verbessert die soziale Versorgung für Familien, Alleinerziehende und pflegende Angehörige sowie für alte oder in ihrer Mobilität eingeschränkte Menschen. „Mit diesem Service wurde eine mittler-



Sozialminister Rudolf Hundstorfer, LHStv. Peter Kaiser und LAbg. Reinhart Rohr beim Besuch des „Dorfservice“. In der Bildmitte die „Dorfservice“-Leiterin Eva Altenmarkter-Fritzer.

weile unverzichtbare Einrichtung geschaffen, die gerade angesichts der steigenden Landflucht für die Menschen vor Ort enorm wichtig ist. Denn es werden viele soziale Dienste und Hilfestel-

lungen geboten, ohne die es die Menschen schwer hätten“, zeigten sich Hundstorfer und Kaiser beeindruckt.

Information über Angebote im Sozialbereich

Das Dorfservice informiert die Gemeindebürger und Gemeindebürgerinnen über die umfassenden Angebote im Sozial- und Gesundheitsbereich. Außerdem werden die Angebote der jeweiligen Ge-

meinde sowie jene von Vereinen und sozialen Anbietern vernetzt. Mehr Informationen zum sozialen und zukunftsorientierten Projekt „Dorfservice“ gibt es unter www.dorfservice.at ♦

MIETERVEREINIGUNG

Neues positives OGH-Urteil für Mieter



Ein richtungsweisendes Urteil des Obersten Gerichtshofs (OGH) bringt Vorteile für Mieterinnen und Mieter: Normale Gebrauchsspuren müssen vor der Wohnungsrückgabe nicht mehr beseitigt werden und auch zur Erhaltung im Inneren können Mieter nicht länger verpflichtet werden.

Mietvertragsklauseln, die Mieter bisher dazu verpflichtet haben, sämtliche Gebrauchsspuren bei der Rückgabe des Mietobjektes zu beseitigen, sind aus der Sicht des OGH grob benachteiligend – und damit unzulässig. Gesprungene Fliesen oder Silikonfugen müssen nicht mehr auf eigene Kosten erneuert werden, da solche Mängel zur normalen Ab-



Mieter müssen nicht mehr jegliche Gebrauchsspuren beseitigen – für die Benutzung des Mietobjekts zahlen sie schließlich den Mietzins.

nutzung gehören. Der OGH spricht sich auch gegen eine pauschale Überwälzung der laufenden Erhaltungs- und Erneuerungsarbeiten an Einrichtungsgegenständen und Anlagen wie z.B. der Therme auf die Mieter aus. Der Vermie-

ter ist verpflichtet, den vereinbarten Gebrauch des Mietgegenstandes zu gewährleisten. Bei Gebrechen einer Therme und somit einer fehlenden Heizmöglichkeit, hat der Mieter das Recht auf sofortige Mietzinsminderung, wenn die Wohnung ursprünglich beheizt vermietet wurde. Der Präsident der Mietervereinigung Österreichs, Georg Niedermühlbichler, freut sich über die klaren Worte des OGH: „Ein weiteres positives Urteil des OGH bestätigt unsere Rechtsmeinung betreffend der Erhaltung im Inneren der Wohnung.“ Sie solle dem Vermieter auferlegt sein. Eine weitere positive Entscheidung: Die Haltung von wohnungsüblichen Kleintieren wie Hamstern ist auch ohne Zustimmung des Vermieters zulässig, ein generelles Verbot ist unzulässig. Das Urteil wurde seitens des Vereins für Konsumenteninformation im Auftrag des Konsumentenschutzministeriums erwirkt und betrifft Mieter von Altbau-, Genossenschafts- und geförderten Neubauwohnungen. ♦

WIEN

Jubiläum: Erfolgsmodell „WasteWatcher“ wird drei



Über 12.000 Amtshandlungen haben die „WasteWatcher“ in Sachen Sauberkeit seit ihrer Gründung im Februar 2008 getätigt. Sie haben dafür gesorgt, dass Wien zu den saubersten Städten der Welt gehört.

„Unsere Service-Angebote an die Wienerinnen und Wiener greifen und die strengen Kontrollen der Sauberkeitsspielregeln zeigen ihre Wirkung“, freut sich Umweltstadträtin Ulli Sima. Auch drei Jahre nach der Einführung der „Müll-Wächter“ erfreuen sich diese bei der Wiener Bevölkerung großer Beliebtheit, 87 Prozent der Bevölkerung unterstützen deren Arbeit. Der Erfolg der Initiative bemisst sich nicht nur an den geleisteten Amtshandlungen, die allein im letzten Jahr um 24 Prozent



Die WasteWatcher sorgen seit drei Jahren erfolgreich für saubere Straßen, Gehwege und Grünflächen in Wien.

gestiegen sind, sondern auch sehr konkret anhand der messbaren Rückgänge zum Beispiel von illegal abgelagertem Sperrmüll (-15 Prozent) oder „entführten“ Einkaufswagen (-37 Prozent).

Auch beim Hundekot hat sich die Situation merklich verbessert. Über 47.200

„gefüllte“ Gratis-Sackerl landen täglich in Wiens Mistkübeln. Und durch das massiv ausgeweitete Angebot an Papierkörben mit Aschenrohren bzw. freistehenden Aschenrohren (mittlerweile gibt es bereits 7.500) nimmt auch die Zahl der achtlos weggeworfenen Zigarettenstummel ab.

„Keine Ausreden mehr“

Aktuell gibt es 50 hauptberufliche „WasteWatcher“ und rund 370 ausgebildete Mitarbeiter bei der MA 48 und MA 42, die die Kontrollfunktion im Rahmen ihrer Tätigkeiten im Außendienst mitmachen. „Wir werden natürlich auch dieses Jahr unsere Offensiven für noch mehr Sauberkeit in Wien verstärken. Unser Angebot steht, es gibt keine Ausreden mehr“, betont Sima. ♦

KOMMUNALPOLITISCHES REFERAT
Bürgermeister starten
drastische Plakat-Kampagne

Das kommunalpolitische Referat der SPÖ will auf die prekäre Situation von Gemeinden aufmerksam machen.

„Ist das die Zukunft?“ Unter diesem Motto steht die Kampagne, für die sich der Vorsitzende des Kommunalpolitischen Referats der SPÖ, Bürgermeister von Wiener Neustadt Bernhard Müller, und andere Bürgermeister als Puschstandler, Straßenmusikantin oder Maroniv Verkäufer ablichten ließen. Sie wollen die schwierige Situation zahlreicher Städte und Gemeinden verdeutlichen, die bei knappen Kassen eine Vielzahl existentieller Aufgaben zu erfüllen haben – von der Trinkwasserversorgung über die Kinderbetreuung bis hin zum Straßenbau. Ohne zusätzliche finanzielle Mittel von Bund und Ländern können die Gemeinden ihre wichtigen Leistungen über kurz oder lang nicht mehr erbringen, warnt Müller. „Und dann werden die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sprichwörtlich auf der Straße stehen und nach alternativen Geldquellen Ausschau halten müssen – wie auf unseren Sujets etwas überspitzt dargestellt“, so der Vorsitzende über die Kampagne. ♦

Mit deutlichen Sujets warnen österreichische Bürgermeister vor den Konsequenzen leerer Gemeindekassen.

SPÖ FRAUEN OÖ
Neujahrsempfang in Linz

Landesfrauenvorsitzende und NR-Abgeordnete Sonja Ablinger übergibt einen Anerkennungspreis an die Entgeltexpertin Edeltraud Ranftl.



NR-Abg. Sonja Ablinger und die ehemalige Frauenministerin Helga Konrad mit der Preisträgerin Edeltraud Ranftl (Mitte).

Rund 150 Frauen aus den verschiedensten politischen Bereichen sind der Einladung zum Frauenneujahrsempfang der SPÖ Frauen Oberösterreich in das offene Kulturzentrum gefolgt. Der Anerkennungspreis, der im Rahmen des Empfangs jährlich vergeben wird, ging heuer an die Entgeltexpertin Edeltraud Ranftl, Wissenschaftlerin an der Universität Linz. In ihrer Laudatio würdigte die ehemalige Frauenministerin Helga Konrad das jahrzehntelange Engagement der Preisträgerin, „die sich mit Frauenforschung auseinandergesetzt hat, als dies an den hierarchisch organisierten, von Männerbünden dominierten Unis noch belächelt wurde.“ ♦



privat

Internet-Zugang ist Menschenrecht

Das Informations- und Kommunikationsnetzwerk des Internets durchdringt alle Lebensbereiche. Für die Teilhabe an der sich entwickelnden Informationsgesellschaft ist der Zugang zum Internet und dessen Verfügbarkeit Grundvoraussetzung.



Bilderbox

Der Zugang zu Information und Kommunikation soll allen zu günstigen Bedingungen in gleichem Maße offen stehen.

Für die heranwachsenden Generationen ist das Internet heute genauso selbstverständlich wie Fernsehen und die Mobiltelekommunikation. Sowohl für alltägliche Verrichtungen, für Schule und den Arbeitsplatz als auch für die Wirtschaft und Dienstleistungen ist das Internet unverzichtbar geworden. Zusätzlich ist die Nutzung und Verbreitung von Breitbandvernetzung eine Voraussetzung für die Sicherung und den Ausbau gesellschaftlicher Dienstleistungen wie Medizin, Soziale Betreuung, Schul- und Weiterbildung, Unterhaltung, Freizeitgestaltung, Information, Verwaltung und viele andere mehr. Die Breitband-Vernetzungsfähigkeit des Internets wird heute als eine der wichtigsten Grundlagen der technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung eines Landes gesehen.

Aus sozialdemokratischer Sicht bildet die für alle mögliche Teilhabe am politischen, sozialen und wirtschaftlichen Leben unserer Gesellschaft ein wichtiges Fundament für die

Chancengleichheit der Menschen. Damit ist der Zugang zum Internet zu einem Schlüsselkriterium für eine soziale und demokratische Gesellschaftsentwicklung geworden. Nicht verwunderlich, dass Diktaturen wie Ägypten als ihr letztes Mittel die Abschaltung des Internets versuchen – es wird ihren Fall nur beschleunigen.

Information und Kommunikation sind menschliche Grundbedürfnisse, deren Zugang jedem zu günstigen Bedingungen in gleichem Maße offen stehen muss. Bereits in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 wird in Artikel 19 festgeschrieben: „Jeder hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.“ Aus heutiger Sicht könnte man fast annehmen, dass die Autoren damals bereits eine Ahnung vom

„Der Zugang zum Internet ist zu einem Schlüsselkriterium für eine soziale und demokratische Gesellschaftsentwicklung geworden.“

Internet hatten, da sie die Globalität und die allgemeine Meinungsäußerungsmöglichkeiten des Mediums Internet mit einschlossen.

Dafür muss der Zugang zum Internet sowohl quantitativ als auch qualitativ gesichert werden. Quantitativ bedeutet in diesem Zusammenhang, dass ein Internetanschluss mit ausreichender Bandbreite vorhanden sein muss, dass das Stadt-Land-Gefälle überwunden werden muss und die weißen Flecken verschwinden müssen. Hierbei ist auf der einen Seite die Industrie gefordert, die dazu nötigen Investitionen zu tätigen und auf der anderen Seite die Politik um die dafür notwendigen Rahmenbedingungen vorzugeben und dort einzugreifen, wo es der Markt allein nicht schafft. Nicht weniger wichtig ist es, den qualitativen Zugangsbarrieren, wie niedriger Bildungsstand, Armut, geschlechtsspezifische Prägnungen und altersspezifische Problemen entgegenzuwirken. Nur eine Gesellschaft, die darauf achtet, dass alle ihre Bürgerinnen und Bürger in gleichem Maße und gleich leicht Zugang zum Internet bekommen, also an der Entwicklung der Informationsgesellschaft teilhaben können, wird den Demokratisierungs- und Verstärkungseffekt der Wissens- und Kommunikationsvernetzung auch voll nutzen können. ♦

Kurt Einzinger war Leiter der Informatik der SPÖ-Bundesgeschäftsstelle. Von 1999–2008 war er Generalsekretär der Internet Service Providers Austria (ISPA), seit 2008 ist er ISPA-Vorstandsmitglied.

LESERBRIEFE

Die Debatte um die Reform des Bundesheers und die neuesten Vorwürfe gegen Ex-Finanzminister Karl-Heinz Grasser beschäftigten unsere Leser in den letzten Wochen besonders. Zahlreiche Reaktionen erreichten die Redaktion. Hier finden sich einige Zusammenfassungen – teilweise gekürzt – wieder.

Heeresreform überfällig!

Die Aussagen von ÖVP-Sekretär Kaltenegger und Vizekanzler Pröll, die Heeresreformvorschläge der SPÖ seien kläglich gescheitert, verlangen eine dementsprechende Antwort. Das Aufheulen unserer Operetten-Armee und der Verweigerer und Blockierer in der ÖVP und FPÖ gegen jegliche Reformen für Heer, Bildung, Pflege, Bürokratie auf allen Ebenen, zeigt, wie notwendig und überfällig diese Reformen sind. Die überwältigende Mehrheit erwartet von dieser Regierung Änderungen.

Franz Ackermann
Per E-Mail

„System Grasser aufklären“

Der Auftritt des ehemaligen Finanzministers Grasser in der ORF-Sendung „Im Zentrum“ war an Peinlichkeit und Dreistigkeit wohl nicht mehr zu überbieten. Seine Selbstanzeige wegen Steuerhinterziehung ist meiner Meinung nach ein Schuldeingeständnis, seine „supersaubere“ Weste ist längst angepatzt. Dennoch stellte sich Grasser in der Sendung als „Opfer“ einer „Neidgesell-

schaft“ dar. Das ist letztklassig und eines ehemaligen Ministers unwürdig. Dass er selbst von seinen Maßnahmen als Finanzminister profitiert – Stichwort Verjährungsfrist – setzt dem Ganzen die Krone auf. Das „System Grasser“ gehört endlich aufgeklärt!

Josef Maier
Per E-Mail

Kreisky-Jahr 2011

Heuer würden wir den 100. Geburtstag des wichtigsten sozialdemokratischen Vordenkers der österreichischen Nachkriegsgeschichte feiern: Bruno Kreisky. Dass die SPÖ es nicht verlernt hat, so ein wichtiges Gedenkjahr würdevoll zu begehen und diesem großen Sohn der Arbeiterbewegung ein Andenken zu wahren, freut mich ganz besonders. Damit stellen wir ein Kultur- und Selbstverständnis unter Beweis, das vorbildlich ist. Die historischen Beiträge in „SPÖ Aktuell“ finde ich ebenfalls sehr spannend, vor allem aber gut und gewissenhaft recherchiert. Ich bin stolz, Teil einer sozialistischen Bewegung zu sein, die sich ihrer Vordenkerinnen und Vordenker stets erinnert und sich ihrer langen Geschichte und ihrer Ursprünge bewusst ist.

Mag. Marko Ognjenovic
Per Brief

Erfolgreich gegen die Krise

Als die dunkle Welle der Wirtschaftskrise auch den österreichischen Arbeitsmarkt unter sich zu begraben drohte, haben mein

Mann und ich wirklich um unsere finanzielle Existenz gebangt. Er arbeitet im Schichtbetrieb eines mittelgroßen Fertigungsunternehmens, die Auftragslage brach ein und das Damoklesschwert „Kündigung“ schwebte über den Arbeitern. Glücklicherweise haben Bundeskanzler Werner Faymann und Sozialminister Rudolf Hundstorfer rasch und mutig reagiert. Im Betrieb meines Mannes wurde Kurzarbeit eingeführt und er konnte somit nicht nur seinen Job behalten, sondern auch eine weiterführende Ausbildung abschließen. Jetzt gilt es, die gierigen Spekulanten und Banken an die kurze Leine zu nehmen, damit wir nicht auf die nächste Krise zusteuern. Auch hier zähle ich auf meine Partei.

Freundschaft, eure Maria Hinterbuchinger
Per E-Mail

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:
SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18,
Chefredakteur: Mag. Thomas Geiblinger,
Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler,
Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel,
Mag^a Alexandra Hopf, Mag^a Birgit Jung,
Philipp Lindner, Martin Oppenauer, Mag^a Sophia
Schönecker, Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber
Bildredaktion: Emil Goldberg,
Layout: Thomas Lehmann, Coverfoto: HBF/Lechner,
Begsteiger, Fotolia, Bilderbox
Bildbearbeitung: Max Stohanzl
Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275
Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels &
Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97
Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt,
E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at
Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 21 Euro

NET NEWS

www.facebook.com/wehrpflichtabschaffen

Facebook-Community gegen Wehrpflicht wächst

65 Prozent der 16- bis 25-jährigen Österreicherinnen und Österreicher sprechen sich einer SORA-Umfrage zufolge für die Abschaffung der Wehrpflicht aus. Dieser Befund deckt sich mit aktuellen Entwicklungen auf der Internetplattform „Facebook“. Über 11.500 User haben sich mittlerweile (Stand: 2. Februar 2011) der Fan-Seite „Wehrpflicht abschaffen“ angeschlossen. Zum Vergleich: Die Fan-

Seite „Pro Wehrpflicht“ zählt derzeit lediglich 3.700 Unterstützer.

Die Plattform „Facebook“ ist bekannt dafür, dass sich binnen kurzer Zeit spontane Communities entlang politischer Forderungen zusammenfinden, so auch in diesem Fall. Wer einen Facebook-Zugang besitzt und sich der Forderung anschließen möchte, kann dies mit einem einfachen Klick auf „Gefällt mir“ tun. ♦





Weltwirtschaftsforum in Davos

Bundeskanzler Werner Faymann und Staatssekretär Josef Ostermayer trafen vergangene Woche im Rahmen des Weltwirtschaftsforums (WEF) in Davos mit dem Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph E. Stiglitz zusammen. Der Bundeskanzler warb u.a. für ein WEF-Treffen mit Schwerpunkt Europa und Zentralasien im Juni in Wien.

Faymann auf Visite in Bulgarien

Bundeskanzler Werner Faymann absolvierte vor kurzem einen Arbeitsbesuch in Bulgarien. Bei einer Konferenz des Austrian Business Circle erörterte Faymann wirtschaftspolitische Fragen mit seinem bulgarischen Amtskollegen Bojko Borissow.



Neues Servicezentrum für Künstler

Kulturministerin Claudia Schmied und Sozialminister Rudolf Hundstorfer haben das neue Servicezentrum für Kunstschaffende in Wien eröffnet. Im Gespräch mit Schauspieler Alexander Göbel freuten sich die beiden Minister über die neue soziale Beratungseinrichtung für Künstlerinnen und Künstler.